

Walter Ruffler  
Roonstraße 73  
28203 Bremen  
Tel. 7 44 21

Barbara Heller  
Saarlauterner Str. 32  
28211 Bremen  
Tel. 434 18 52

Bremen, den 10.05.2014

## Brief an Bremer PolitikerInnen zum Ukraine-Konflikt

Sehr geehrte Damen und Herren,

wir bitten Sie, Ihren politischen Einfluss einzusetzen für eine friedliche Lösung des Ukraine-Konflikts, das Blutvergießen muss gestoppt werden!

### 1. Ein Referendum über eine föderale Struktur könnte die Lösung sein!

Zentral für eine Verhandlungslösung ist unseres Erachtens ein Referendum über eine föderale Struktur der Ukraine mit einer weitgehenden Autonomie der aufständischen Regionen im Osten und Süden und eine verfassungsmäßige Festlegung des Russischen als anerkannter Sprache. Dies sind die zentralen Forderungen der Aktivisten, die in den deutschen Medien häufig fälschlicherweise als "Separatisten" bezeichnet werden, obgleich die meisten - bislang - keine Sezession nach dem Vorbild der Krim wünschen. In Südtirol beispielsweise hat ein Autonomiestatut wesentlich zur Befriedung der Situation und zum Ende terroristischer Anschläge beigetragen.

An der Ausarbeitung der Fragestellung des Referendums und an der Planung seines organisatorischen Ablaufs sollten alle Konfliktparteien beteiligt werden: Vorrangig die derzeitigen Machthaber in Kiew und die aufständischen Aktivisten in der Süd- und Ostukraine, aber auch die Russische Föderation und die EU. Die Informations- und Diskussionsphase vor der Abstimmung sollte von einer genügend großen Anzahl von OSZE-Beobachtern überwacht werden, ebenso der Abstimmungsverlauf und die Stimmenauszählung. Die Konfliktparteien müssen vorab zusichern, das Ergebnis des Referendums zu akzeptieren, auch die Russische Föderation und die EU. Das ukrainische Parlament müsste durch eine entsprechende Verfassungsänderung die rechtlichen Voraussetzungen für ein derartiges Referendum schaffen.

### 2. Erster Schritt: Waffenstillstand zwischen Aktivisten und ukrainischer Armee!

Die Armee muss ihre Angriffe auf die Aktivisten in der Ostukraine stoppen, die ein Referendum für ein föderales System und mehr Autonomie fordern! Die Aktivisten müssen zusichern, keine weiteren öffentlichen Gebäude und Plätze zu besetzen! Derzeit sind in mehr als einem Dutzend Städten in der Ostukraine öffentliche Gebäude durch Aktivisten besetzt. Für die Machthaber in Kiew sind diese Aktivisten lediglich "Terroristen", und sie setzen die Armee gegen die Aufständischen ein: Die Regierung lässt auf das eigene Volk schießen! Die in westlichen Medien als "Übergangsregierung" bezeichnete Gruppe um Arsenii Jazenjuk und "Übergangspräsident" Turtschinow besitzt in den Augen vieler Ukrainer keine Legitimität, weil sie am 22. Februar 2014 durch einen Putsch gegen den bisherigen Präsidenten Janukowitsch an die Macht gekommen ist. Wäre die auch unter Mitwirkung von Außenminister Frank-Walter Steinmeier ausgehandelte "Vereinbarung über die Beilegung der Krise in der Ukraine" vom 21. Februar 2014 umgesetzt worden, die eine Regierung der nationalen Einheit unter der Beteiligung aller politischen Parteien zum Ziel hatte, wäre der Ukraine vermutlich das Blutvergießen in den östlichen Regionen und in Odessa erspart geblieben. In der ihm eigenen Terminologie räumt "Übergangspräsident" Turtschi-

now sein Legitimationsproblem ein: *"Sagen wir doch mal ehrlich: Die Bürger dieser Regionen unterstützen die Separatisten, sie unterstützen die Terroristen, was die Durchführung der Anti-Terror-Operation erheblich erschwert", sagte Turtschinow. Erschwerend komme hinzu, dass die Polizei mit den prorussischen Kräften sympathisiere. 'Das ist ein kolossales Problem'"* (Frankfurter Rundschau, 6. Mai 2014).

### 3. Sanktionen sind eine politische Sackgasse!

Die Forderung der Obama-Administration nach schärferen Wirtschaftssanktionen, um die russische Seite zu "bestrafen", führt politisch in eine Sackgasse. Unter einer umfassenden Wirtschaftsblockade von seiten "des Westens" und den zu erwartenden Gegenmaßnahmen Russlands würden nur die Bevölkerungen in Russland, Deutschland und anderen EU-Staaten leiden, und die ohnehin prekäre Situation der Ukraine würde sich weiter verschlechtern und das politische System weiter destabilisieren.

Auch rein pragmatisch betrachtet, würden Sanktionen im Hinblick auf eine kurzfristig nötige Lösung des Konflikts nichts bewirken. Der frühere Chef des russischen Ölkonzerns Yukos, Michail Chodorkowski, sagte am 29. April in einem Interview mit der italienischen Zeitung "Corriere della Sera": *"Russland hat genug Ressourcen, um diesen Sanktionen lange, drei bis fünf Jahre, entgegenzuwirken. Es sei an die Währungsreserven Russlands und an seine Möglichkeiten erinnert, die Lieferungen auf den globalen Energiemarkt zu diversifizieren. Moskau ist durchaus in der Lage, neue Kunden für sein Gas und sein Öl zu finden"* (zitiert nach RIA Novosti vom 29.04.2014).

### 4. Die US-Regierung ist scheinheilig: Der Bock macht sich zum Gärtner!

Es ist verwunderlich, mit welchem Nachdruck die US-Regierung vom russischen Präsidenten Putin die Einhaltung des Völkerrechts unter Androhung von "Bestrafung" durch Wirtschaftssanktionen einfordert, dabei sind es doch gerade Regierungen der USA, die das Völkerrecht nach eigenem Gusto interpretieren und brechen. Damit macht sich der Bock zum Gärtner. Bruno Simma, der frühere Richter am Internationalen Gerichtshof in Den Haag und Professor für Völkerrecht, wirft dem Westen vor, er sei "scheinheilig", denn: *"Das völkerrechtliche Gewalt- und Interventionsverbot ist in der jüngeren Vergangenheit gerade vom Westen, unter der Führung der USA, immer wieder durchlöchert und aufgeweicht worden."* (Der Spiegel Nr. 15, S. 24ff).

Sehr geehrte Damen und Herren, bitte setzen Sie sich für einen Waffenstillstand in der Ukraine ein und für ein Referendum über eine föderale Struktur mit einer Autonomie der umstrittenen Regionen.

Mit freundlichem Gruß

Barbara Heller, Walter Ruffler

Barbara Alms	Ludwig Baumann	Hartmut Drewes	Johannes Feest
Barbara Heller	Sönke Hundt	Ekkehard Lentz	Lothar Peter
Lars Pohlmeier	Walter Ruffler	Barbara und Hans-Günter Sanders	Friedrich und Irmela Scherrer
Armin Stolle	Ernst Uhl	Joachim „Bommel“ Fischer	